

AKTUELL

DÉI GRÉNG FÜR UND GEGEN CETA

Yes we can!

Raymond Klein

Kann man eine politische Position zugleich mit ihrer Gegenposition vertreten? Die Grünen versuchen es gerade angestrengt. Obwohl sie viel lieber für Tramschienen und Tierschutz kämpfen würden.

„CETA und TTIP, das sind zwei verschiedene Paar Schuhe.“ Die Journalisten mussten bis zum Ende der grünen Rentrée-Pressekonferenz warten, um diesen Satz aus dem Mund von Parteisprecher Christian Kmiolek zu hören. Ein Satz, der auf einer Linie mit den Positionen der anderen Regierungsparteien liegt - für die diese scharfe Kritik von den NGOs einstecken mussten. Insbesondere seien beim Abkommen mit Kanada die umstrittenen Schiedsgerichte viel stärker reguliert als bei jenem mit den USA, argumentierte Kmiolek.

Der grüne Sprecher versicherte, auch wenn seine Partei sich in der CETA-Debatte nicht oft zu Wort melde, so arbeite sie doch im Hintergrund -

als Beispiel führte er die im Juni verabschiedete Motion an. Damals von Déi Lénk vor-Abkommen klar Text dazu ge-breite Parla-sich auf einen Text einigte (woxx 1375). Kmiolek also äußerte seine Überzeugung, dass die Grünen zur Verbesserung des Handelsabkommens beigetragen haben, und kündigte an, seine Partei werde auf der Anti-CETA-Demo vom 8. Oktober vertreten sein.

Doch die Scheu vor den transatlantischen Handelsabkommen war nicht die einzige „ernst zu nehmende Angst“, mit der sich Déi Gréng befassten. Viele Menschen machten

Das Wahrzeichen des CETA-Partners: grün!



sich Sorgen um ihre Muttersprache und um ihre kulturelle Identität und fänden keinen Gefallen daran, dass infolge des Wirtschaftswachstums „das Land mit Häusern und Straßen zubetoniert“ wird, so Françoise Folmer. In der Tat, ein heikles Thema für eine grüne Partei, die den Infrastrukturminister stellt. Die Sprecherin konnte immerhin ankündigen, dass nach den Allerheiligenferien öffentliche Veranstaltungen dazu stattfinden.

Alles nur Ängste?

Weitere Punkte der Pressekonferenz waren Windräder, die Tram, die Elektromobilität und der Tierschutz. Man hatte den Eindruck, lieber würde sich die Partei mit solchen Kuschetemen befassen als mit den komplizierten und konfliktträchtigen Folgen der Globalisierung. Doch insbesondere beim Thema Freihandelsabkom-

men werden die Grünen kaum an klaren Stellungnahmen vorbeikommen. Ihre jetzige Position ist weit entfernt von dem, was die NGOs vertreten. Zwar wird hinter vorgehaltener Hand schon mal erklärt, man könne nicht anders, als die Regierungsposition mittragen. Doch der Preis für diese zweideutige Haltung ist hoch: Die Bürger wissen genau, dass die Grünen, wären sie in der Opposition, kein gutes Haar an den Abkommen lassen würden. Die Partei entlarvt sich so als opportunistisch und wird ungläubwürdig.

Unglaublich werden mehr und mehr auch die Erklärungen von Claude Turmes. Der Europaabgeordnete war jüngst von den Kritikern der Handelsabkommen für seine Position gelobt worden. Doch was ist diese wert, wenn zur gleichen Zeit die Mutterpartei sich anschickt, das gescholtene CETA-Abkommen durchzuwickeln. Zwar verschafft solcherlei Taktieren vielleicht kurzfristige politische Erfolge. Doch der Verzicht darauf, als richtig erkannte, radikale Positionen nach außen zu vertreten, ist auch ein Verzicht auf die Bemühung, den Grund dafür zu legen, dass diese Positionen einmal mehrheitsfähig werden.

LSAP

TTIP nein, CETA ja

Richard Graf

Die LSAP-Fraktion hat in diesem Jahr als erste Fraktion zur „Rentrée“-Pressekonferenz geladen und zeigte Geschlossenheit.

LSAP-Fraktionschef Alex Bodry ist zuversichtlich, dass die blau-rot-grüne Koalition ihr Programm fristgerecht wird abspulen können. „80 Prozent“ aller angekündigten Vorhaben „sinn op de Schinnen“, insbesondere da eine ganze Reihe von Gesetzesvorlagen kurz vor der Sommerpause deponiert wurden.

Zudem zeichnen die Sozialisten ein recht optimistisches Bild der konjunkturellen Entwicklung, was unter anderem im Januar 2017 zu einer spürbaren Anpassung des Mindestlohnes führen dürfte.

Ein deutliches Nein gibt es von Seiten Bodrys zum TTIP-Abkommen: Statt sich von den USA zu einem möglichst frühzeitigen Abschluss drängen zu lassen, sollten die europäischen Verhandlungsführer darauf hinwir-

ken, dass die „verwurrelten“ Verhandlungen vollkommen neu aufgelegt werden.

Befindet sich die LSAP-Fraktion bei der Ablehnung des TTIP Abkommens weitgehend im Einklang mit der Parteibasis, so ist das bei der Einschätzung des CETA-Abkommens mit Kanada nicht im selben Maße der Fall. Am Tag der Rentrée-Pressekonferenz veröffentlichten die „Lénksozialisten“ innerhalb der LSAP eine Stellungnahme, die sich konsequent gegen die Annahme des CETA-Abkommens - trotz der erreichten Nachbesserungen - ausspricht.

Denn: Unternehmen können ihre Produktionsstätten dorthin verlagern wo die Produktionskosten am günstigsten sind, Löhne und Sozialbedingungen riskieren weiter, abgebaut zu werden. Arbeitsrechtliche Bestimmungen und Umweltauflagen in Europa können als nicht-tarifäre Handelshemmnisse interpretiert und folglich angefochten werden. Die

Einführung von Schiedsgerichten begünstigt die Konzerne, da sie hiernach Staaten mit der Begründung auf Schadenersatz verklagen können, dass die erwähnten Auflagen ihre Gewinnerwartungen beeinträchtigen. Alle nicht explizit aufgeführten öffentlichen Dienstleistungen können liberalisiert werden. Auch das bisher geltende Vorsorgeprinzip wird abgeschafft.

Die Überwachung des Abkommens wird einem politisch nicht legitimierten Regulierungsrat überlassen. Gesetzesänderungen, die die Anwendung dieses Vertrages berühren, müssen im Vorfeld von diesem Gremium geprüft werden. Die Rechtsverbindlichkeit der Zusatzprotokolle ziehen die Lénksozialisten mit der Begründung in Zweifel, dass weder der genaue Inhalt noch die Form bekannt sind und der eigentliche Vertragstext nicht mehr abgeändert werden kann.

Parlamentsmotion erfüllt

Bodry kann an solchen Kritiken wenig Stichhaltiges erkennen. Es habe sich in den vergangenen Monaten einiges bewegt und viele Bedenken hätten Eingang in die Zusatzprotokolle gefunden. „Alle in der entsprechenden Parlamentsmotion festgehaltenen Punkte wurden berücksichtigt.“

Auch bei einigen der jetzt im Parlament zur Verabschiedung anstehenden wichtigen Gesetze sieht Bodry kaum Konfliktstoff: Die Reform der Pflegeversicherung etwa stoße bei allen Sozialpartnern - also auch den Gewerkschaften - auf große Zustimmung, was der intensiven Vorarbeit zu verdanken sei. - Ob dem wirklich so ist, dürfte der Bericht der Salariatskammer klar machen. Doch ist der noch nicht spruchreif, da die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes noch immer nicht vorliegen (siehe woxx 1390).

Zuversichtlich ist Bodry auch, dass das Verfassungsreferendum zu Anfang des Jahres 2018 über die Bühne gehen wird - also nach den Gemeinde- und vor den Parlamentswahlen. Letzere sollen im Oktober 2018 stattfinden. Eine Verlängerung der Legislaturperiode bis Juni 2019 verbiete die Verfassung, auch wenn das Wahlgesetz eine andere Interpretation zuließe. Eine freiwillige Verkürzung ihres Mandats - bis Juni 2018 - hat die Koalition aber auch nicht im Sinn. Damit ist abzusehen, dass es 2023, wenn Kommunal- und Nationalwahlen gleichzeitig stattfinden, bei den politischen MandatärInnen zu einigen Verrenkungen kommen wird.